

100 Tage-Bilanz der Bayerischen Sozialministerin Emilia Müller

Wichtige Weichenstellungen bestimmen die ersten 100 Tage von Emilia Müller als neue bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Bayern ist Wachstumsmotor für Deutschland. „Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent im Jahr 2013 ist Bayern bundesweiter Spitzenreiter bei Wohlstand durch Arbeit. In fast einem Drittel der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte haben wir bereits eine Arbeitslosenquote von unter 3 Prozent und somit Vollbeschäftigung. Bis 2018 will ich Vollbeschäftigung in allen Regierungsbezirken Bayerns erreichen“, so Bayerns Arbeits- und Sozialministerin Emilia Müller. Und, so Müller: „Ich habe das Ziel, dass in Bayern jeder Jugendliche eine Jobperspektive hat: Dazu werde ich mit der bayerischen Wirtschaft eine Vereinbarung schließen, damit jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht.“

Müller betonte, dass der Freistaat die Umsetzung des Koalitionsvertrags auf Bundesebene sehr konstruktiv begleiten werde: „Bei der künftigen Ausgestaltung des Mindestlohns müssen wir sehr sorgfältig darauf achten, dass sich sein Schutz nicht ins Gegenteil verkehrt. Ausnahmen insbesondere für Auszubildende, Ausbildungspraktikanten, Saisonarbeiter und ehrenamtlich Tätige sind daher unumgänglich.“ Nachbesserungsbedarf sieht Müller auch bei dem nun von Bundessozialministerin Nahles vorgelegten Gesetzentwurf zur Rente mit 63. „Wir stehen zur ‘Rente mit 67’. Sie darf durch die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nicht konterkariert werden. Der aktuelle Entwurf öffnet durch handwerkliche Mängel der Frühverrentung Tür und Tor und bereitet so die generelle Abkehr von der ‘Rente mit 67’ vor. Wir dürfen die Erfolge bei der gesteigerten Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nicht zunichtemachen. Wir brauchen jede Fachkraft – gerade die Älteren. Ich werde deshalb weiter für praxistaugliche und stimmige Lösungen kämpfen“, so Müller.

In der Landespolitik wird Sozialministerin Müller in der neuen Legislaturperiode folgende große Schwerpunkte setzen: die Ausdehnung des Landeserziehungsgeldes auf 50 Prozent aller Familien, „Bayern barrierefrei 2023“ und die Verbesserung der Willkommenskultur für Migranten.

In der Asylsozialpolitik ist die Schaffung zusätzlicher Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen besonders dringlich. „Hierzu habe ich zusammen mit den Regierungspräsidenten ein Zwei-Stufen-Konzept entwickelt: Ab Februar gewinnen wir zusätzliche Aufnahmekapazitäten in Höhe von 400 Plätzen in der Erstaufnahme, indem wir den Auszug aus den Erstaufnahmeeinrichtungen beschleunigen. So entlasten wir schnellstmöglich die Erstaufnahmeeinrichtungen in Zirndorf und in der Bayernkaserne in München. In diesem Jahr werden wir weitere Erstaufnahmeeinrichtungskapazitäten aufbauen“, so Sozialministerin Müller.